

# GEMEINSAMER ANTRAG

## von ÖVP, GRÜNE, FPÖ und BZÖ

Betr.: Vorschlag und Vergabe von barrierefreien Wohnungen

---

GR. Mag. Mario Kowald

18. September 2008

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

In Graz zu wohnen, hat eine Menge Vorteile:

Eine hervorragende Infrastruktur, kurze Verkehrswege, bestes Bildungsangebot, eine hochwertige medizinische Versorgung, ein abwechslungsreiches kulturelles Angebot, Naherholungsgebiete, etc..

Ob Sie nun eine Eigentumswohnung suchen, lieber zur Miete wohnen, um eine Gemeindewohnung ansuchen oder vielleicht doch ein Haus bauen oder kaufen wollen: Das Wohnungsamt der Stadt Graz steht Ihnen gerne hilfreich zur Seite.

Menschen mit speziellen Bedürfnissen sind bei allen Wohnformen eingeschränkt und haben meist nicht die Möglichkeit, zu wählen. Die Anzahl an adaptierbaren Gemeindewohnungen und bereits barrierefreien Wohnungen ist gering.

Bis zur Wahl im Jänner wurden diese Wohnungen für Menschen mit Behinderungen zur Gänze vom Sozialamt unserer Stadt vergeben. Die politische Zuständigkeit hat sich insofern geändert, als dafür anstelle der/ Sozialreferentin nunmehr der Stadtrat / die Stadträtin für Wohnungsangelegenheiten zuständig ist. Personell und finanziell ist die Vergabe noch in der Mag.Abt. 5 - Sozialamt unserer Stadt angesiedelt.

Von der Seite der Betroffenen und aus vielen Gesprächen mit Menschen mit Behinderungen in unserer Stadt weiß ich, dass die Vergabemodalitäten nicht als transparent genug empfunden werden und ausreichend bekannt sind. Mit der Vergabe beginnt ein weiterer Wulst an Problemen: Finanzierung, Beihilfen, Klauseln im Vertrag, Regeln der Hausverwaltung, Wohnungseigentumsgemeinschaft, Hausordnung etc.. Fast bei allen Förderungen und Normen ist es so, dass es besondere Voraussetzungen und Rücksichtnahmen für Menschen mit Behinderungen gibt. Diese sehr wichtigen Informationen bekommen Menschen mit Behinderungen nur in der Wohnungsinformationsstelle im Wohnungsamt unserer Stadt.

Unser Wohnungsamt in der Alberstraße ist leider noch nicht annähernd barrierefrei zugänglich. Zwei Referate des Wohnungsamtes befinden sich jedoch am Tummelplatz 9 und sind barrierefrei zugänglich. Alle juristischen Beratungen werden auch zum überwiegenden Teil in der Wohnungsinformationsstelle am Tummelplatz 9 vorgenommen.

Behindertengerechte Ausstattungen und Adaptionen werden zwar im Sozialamt über das BHG behandelt, aber die Fülle aller wohnrechtlichen Probleme und Beratungen kann nur am Tummelplatz 9 gewährleistet werden.

Bei der Vergabe von barrierefreien Wohnungen sind in der Regel keine Leistungen des Sozialamtes mehr erforderlich, außer der Bestätigung, dass es sich um einen Menschen mit einer Behinderung handelt.

Ich möchte an dieser Stelle der Arbeit der MitarbeiterInnen des Sozialamtes danken als auch für die Bemühungen, die in diesem Zusammenhang stets getätigt wurden.

Namens der Gemeinderatsfraktionen von ÖVP, GRÜNE, FPÖ und BZÖ stelle ich daher folgenden

### **A n t r a g:**

Der Gemeinderat möge beschließen, dass die Agenden der Vergabe von Wohnungen auch für Menschen mit speziellen Bedürfnissen samt der nötigen Ressourcen sowohl personell als auch finanziell ab dem 1. Jänner 2009 zur Gänze bei der Mag.Abt. 21 - Wohnungsamt (am Tummelplatz 9) angesiedelt werden.

DANKE!

GR. Peter MAYR

18.09.2008

## **A N T R A G**

Betr.: Verkehrsmaßnahmen Moelkweg

Nach einer breit angelegten Diskussion in der letzten GR-Periode über Verkehrsberuhigung in den Wohngebieten des östlichen Ruckerlbergs wurde als Sofortmaßnahme zur Verkehrssicherheit ein Linksabbiegeverbot von der Waltendorfer Hauptstraße stadtauswärts in den Moelkweg eingerichtet. Gleichzeitig wurde die Errichtung eines Gehsteiges am Moelkweg beauftragt und vereinbart, dass nach Abschluss der Arbeiten das Linksabbiegeverbot wieder entfernt wird. Diese Vorgangweise wurde vor kurzem wiederum vom Waltendorfer Bezirksrat und der dort engagierten Bürgerinitiative Ruckerlberg einstimmig befürwortet. Äußerst positiv wurde auch die Absichtserklärung von Frau Bgm-Stv. Rucker aufgenommen, dass sich ihr Resort in dieser GR-Periode um eine Gesamtkonzept zur Verkehrsberuhigung am Ruckerlberg bemühen möchte. Allerdings ist die oben genannte, schon lange vereinbarte Maßnahme davon unabhängig zu sehen.

ich stelle daher namens der ÖVP-GR-Fraktion den

### **A n t r a g,**

der Gemeinderat möge die Abteilung für Verkehrsplanung beauftragen, gemäß der mit allen Betroffenen geschlossenen Vereinbarung, nach der Errichtung des Gehsteiges am Moelkweg das Linksabbiegeverbot in den Moelkweg zu entfernen.

GR. Peter MAYR

18.09.2008

## **A N T R A G**

Betr.: Beschilderung der Fußwege zu Grazer Sehenswürdigkeiten

Der Tourismus-Sommer in Graz ist äußerst erfolgreich verlaufen. Auf Grund der stetig steigenden BesucherInnenzahlen ist den Grazer FremdenführerInnen und Geschäftsleuten der Grazer Innenstadt aufgefallen, dass sich nicht alle BesucherInnen der Grazer Innenstadt (mit oder ohne Plan) leicht orientieren können und erst durch mehrmaliges Erfragen den Weg von z.B. den Reisebus-Haltestellen zu den Sehenswürdigkeiten der Grazer Innenstadt finden. Das fördert zwar die Kommunikation zwischen den BesucherInnen und GrazerInnen, dennoch scheint es mittlerweile wünschenswert, wenn auch - wie in zahlreichen anderen Städten - für eine rasche Orientierung der BesucherInnen die fußläufigen Verbindungen zu Sehenswürdigkeiten beschildert würden. Ich stelle daher namens der ÖVP-GR-Fraktion den

### **A n t r a g ,**

der GR möge die zuständigen Stellen des Magistrats beauftragen, eine Beschilderung der Fußwege zu den Sehenswürdigkeiten der Grazer Altstadt zu prüfen und einzurichten.

GR. Harry POGNER

18.09.2008

## **A N T R A G**

Betr.: Betriebswasser für den neuen Stadtteil Graz-Reininghaus

Drei Viertel der Erdoberfläche sind mit Wasser bedeckt. Die gesamte Wassermenge beträgt etwa 1,4 Milliarden Kubikkilometer. Davon sind 92,2 % Salzwasser, das Eis der Pole und Gebirge enthält weitere 2,2 %. Das Süßwasser der Flüsse, der Seen und des Grundwassers der Kontinente macht nur 0,6 % der gesamten auf der Erde vorhanden Wassermenge aus. Bei einem erwachsenen Menschen beträgt der tägliche Wasser-Bedarf etwa 35 g je kg Körpergewicht.

Der durchschnittliche tägliche Trinkwasserverbrauch liegt bei ungefähr 125 Litern pro Person, wobei ein Drittel dieses Tagesbedarfs alleine für die Toilettenspülung gebraucht wird und nur ca. vier Prozent zum Trinken und Kochen.

Schon diese Zahlen belegen, wie kostbar unser Trinkwasser ist und wie wenig sorgsam wir damit umgehen.

Eine Möglichkeit diese Ressource besser zu nutzen, ist die Schaffung von getrennten Wassersystemen.

Im kommunalen Bereich ist bisher keine vom Trinkwasser getrennte Betriebswasserversorgung vorgesehen. Eine zunehmende Zahl von Privathaushalten nimmt allerdings entsprechende Installationen aus eigener Initiative vor. Heute ist es sinnvoll, bei der Neu-Errichtung oder Modernisierung von Häusern oder ganzen Stadtteilen, über eine Betriebswasserversorgung nachzudenken.

Asset One plant gerade die Erschließung eines neuen Stadtteiles (Reininghaus Gründe). Im Sinne eines sorgsamen Umganges mit unserem Trinkwasser, dem sich daraus ergebenden verstärkten Umweltbewusstsein und nicht zuletzt auch wegen der kommunalen Vorbildwirkung, wäre eine Erschließung dieses neuen Stadtteiles mit einer Betriebswasserleitung wünschenswert.

Namens des ÖVP-GR-Clubs stelle ich daher den

### **Antrag,**

der Gemeinderat möge beschließen, an die Asset One Immobilienentwicklungs AG mit dem Ersuchen heranzutreten, für den neu entstehenden Stadtteil Graz-Reininghaus eine Versorgung durch ein zweites, getrenntes Wassersystem (Betriebswasser) zu planen.

GR. Kurt Hohensinner

18.09.2008

## **A N T R A G**

Betr.: Permanente/legale Graffiti - Flächen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Kaum ein Fleck an öffentlichen Flächen wurde in den letzten Jahren von inoffiziellen Sprayern verschont. Betroffen ist vor allem die Innenstadt. Dieses Jahr wurde beispielsweise die Murbrücke bzw. die Murpromenade extrem verunstaltet. Die Kosten alleine für diese Entfernung belaufen sich auf ca. 70.000 Euro.

Obwohl diese Art von Vandalismus einen extrem hohen Schaden verursacht, gehen die zuständigen Behörden viel zu unentschlossen gegen diese Sachbeschädiger vor. Hier wäre zu prüfen, ob im Zuge des außergerichtlichen Tausgleiches neben der Bezahlung des Sachschadens auch die Auferlegung von Graffiti-Reinigungen für Vandalen möglich ist.

Andere Städte in Europa versuchen die Graffitikunst zu fördern und so dieses „Problem“ positiv zu kanalisieren. Hier werden auf sehr frequentierten Plätzen öffentliche Flächen offiziell für Graffiti-Sprayer bereitgestellt. Das von Kulturstadtrat a.D. Werner Miedl initiierte Pilotprojekt konnte bereits einige Erfolge einfahren (Teile der Murpromenade und die beliebte Graffiti Straßenbahn). Das kann aber weiter funktionieren, wenn sehr bewusst, attraktive Plätze in der Innenstadt ausgewählt werden und auch permanent legale Flächen bereitgestellt werden. Bei einem Treffen mit Sprayer-Künstlern - nicht Vandalen -, wurden mir einige bevorzugte Objekte genannt:

Sämtliche Industriehallen bzw. Mauern, die an den Gleisen am Hauptbahnhof liegen, die Außenmauer der SGP (Siemens/Alte Poststraße), die runde lange Mauer zum GKB – Depot, eine neue Straßenbahn, die bereits bemalten Wände im Volksgarten, diverse Murbrücken entlang der Promenade und Unterführungen, wie beispielsweise bei der Maut Andritz.

Daher stelle ich namens des ÖVP – Gemeinderatsclubs den

**A n t r a g,**

der Gemeinderat möge folgendes beschließen:

- Die zuständigen Ämter sollen gemeinsam mit der Polizei geeignete Maßnahmen ausarbeiten, um effizienter gegen die „Vandalen – Sprayer“ vorzugehen.
- Die Liegenschaftsabteilung soll auf attraktiven Plätzen in der Innenstadt geeignete Flächen für die „Graffiti – Kunst“ bereitstellen.
- Das Kulturamt wird auf die im Motivenbericht genannten - von den Sprayern geforderten Flächen Wünsche, welche sich nicht im Besitz der Stadt befinden, eingehen und mit den Eigentümern in Verhandlung treten.
- Die Liegenschaftsabteilung soll gemeinsam mit dem Kulturamt auf der Homepage der Stadt die legalen Flächen bewerben.



Betr.: Errichtung eines Schutzwegs  
in der St. Peter Hauptstraße

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus  
Telefon: (0316) 872-2120  
Fax: (0316) 872-2129  
email: spoe.klub@graz.at  
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

### **ANTRAG**

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat  
von Herrn Gemeinderat Andreas Martiner  
in der Sitzung des Gemeinderates  
vom 18. September 2008

Sehr geehrter Bürgermeister!  
Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Heimgartenverein „Stadt Graz“ bemüht sich seit geraumer Zeit, dass im Bereich der GVB-Haltestelle „Gasthaus Alte Schmied´n“ ein Schutzweg über die St. Peter Hauptstraße errichtet wird. Auch anlässlich des 40-jährigen Bestandsjubiläumfestes, an dem ja auch einige GemeinderatskollegInnen und der Bezirksvorsteher von St. Peter teilnahmen, war der fehlende gesicherte Übergang DAS Thema schlechthin.

Ein „Zebrastrreifen“ bzw. eine Fußgänger-Druckknopfanlage würden auf dieser stark befahrenen Straße nicht nur für zahlreiche HeimgärtnerInnen, sondern auch für Gäste des genannten Restaurants bzw. für Kunden des dort befindlichen Büro- und Geschäftszentrums einen wesentlichen Beitrag zur Erhöhung der Verkehrssicherheit darstellen.

Ich stelle daher namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion

den Antrag,

das Straßenamt möge beauftragt werden, die entsprechenden Maßnahmen zur Hebung der Verkehrssicherheit für FußgängerInnen bei der Querung der St. Peter Hauptstraße im genannten Bereich ehestmöglich umzusetzen.

# KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub  
8011 Graz – Rathaus  
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118  
Tel: 0316 / 872 2151  
0316 / 872 2152  
0316 / 872 2153  
Fax: 0316 / 872 2159  
Email: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

Graz, am 18. September 2008

Gemeinderat: Herbert Wippel

## Antrag

Betreff: Stadtteilentwicklungskonzept

Gemeindewohnungen auf dem Grund der Hummelkaserne zu errichten wurde von unserer Seite schon einige Male im Gemeinderat zur Debatte gebracht und vom Gemeinderat auch einstimmig beschlossen. Gleichzeitig ist die Verkehrsplanung dabei, Trassen für zukünftige Straßenbahnen in diesem Bereich zu finden und andererseits die Graz-Köflach-Bahn ins öffentliche Verkehrsnetz zu integrieren. Es ist auch zu bedenken, dass mit der Fachhochschule Joanneum ein neues Bildungszentrum im Norden angrenzend an die Reininghaus-Gründe entstanden ist und im Osten angrenzend an der Südbahn Stahlindustrie betrieben wird. Im Bereich der Reininghaus-Gründe ist es hinlänglich bekannt, dass die Fa. Asset One ein Areal einer baulichen Verwertung zuführen will, was einer Entstehung eines neuen Stadtteils gleichkommt.

Aus all diesen Überlegungen ist es erforderlich, die Interessen der Stadt vor allem im Bereich der Hummelkaserne so zu definieren, dass bei allen künftigen Bauvorhaben Richtlinien geschaffen werden, die allgemeine Gültigkeit und einen Verordnungscharakter haben, worauf sich die Bevölkerung, die Stadt Graz und die Bauwerber berufen können. Das Instrument, das uns das steiermärkische Raumordnungsgesetz dafür in die Hand gegeben hat, ist die Möglichkeit zur Erlassung eines Stadtteilentwicklungskonzepts. Hier kann sowohl die Stadt ihre Visionen festschreiben, als auch die betroffene Bevölkerung während der öffentlichen Auflage ihre Bedenken und Wünsche einbringen. Eine Möglichkeit wäre es auch, während der Zeit der Auflage, ein ständiges Büro für Fragen des Stadtteilentwicklungskonzepts z.B. in der Hummelkaserne einzurichten.

Deshalb stelle ich namens des Gemeinderatsklubs der KPÖ folgenden

### Antrag:

Das Stadtplanungsamt wird beauftragt, dem Gemeinderat der Stadt Graz eine Auflage eines Entwurfs für ein Stadtteilentwicklungskonzept mit besonderer Rücksichtnahme für den kommunalen Wohnbau im Bereich der Hummelkaserne zur Beschlusslage so rasch als möglich vorzulegen. Das Gebiet für das Stadtteilentwicklungskonzept soll den Bereich zwischen Eggenberger Allee im Norden und Peter-Rosegger-Straße im Süden sowie zwischen der Südbahn im Osten und der Kärntnerstraße im Südosten und der Karl-Morre-Straße, Steinackerstraße, Graz-Köflach-Bahn im Westen umfassen.

Gemeinderat **Ing. Roland Lohr**

An den  
Gemeinderat  
der Landeshauptstadt Graz

Graz, am 16.09.2008

Betrifft: **Neugestaltung des P&R-Platzes beim Verteilerkreis Webling**  
**Antrag**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der Park & Ride Platz Webling gilt als einer der Eintrittspunkte in die Landeshauptstadt Graz. Mit seinen rund 150 Stellplätzen ist er für viele Touristen aber auch Pendler der Ausgangs- oder Zielpunkt für eine Fahrt weg von oder nach Graz. Jeden Tag vermittelt er aber Reisenden einen ersten Eindruck unserer Stadt und sollte daher bei den Besuchern ein „Willkommen“ - Gefühl erzeugen.

Leider haben sich in den letzten Jahren sowohl Erscheinungsbild als auch Zustand dieses Parkplatzes merklich verschlechtert. Neben ungepflegten Büschen, wild wucherndem Gestrüpp sowie Gräsern die aus den Leitschienen herauswachsen, weist auch der Asphalt bereits größere Risse auf. Zusätzlich liegt immer wieder nicht entsorgter Müll herum.

Auch der ansässige Imbissbetrieb wirkt unansehnlich und wenig einladend. Der Weg zu den Autobuslinien 31 und 62 ist zwar gut beschildert, führt aber über einen Abgang, dessen Holzgeländer sich in einem alten und unsicheren Zustand befindet.

Daher sollte umgehend eine Neugestaltung des Platzes angedacht werden, um ihn für die Benützer attraktiver zu gestalten.

Regelmäßig gepflegte Bäume und Pflanzen könnten einen Kontrapunkt in der Asphaltlandschaft des Autobahnstumpfes darstellen und die Verweilzeit am Platz angenehmer gestalten. Das Aufstellen mehrerer Abfallbehälter würde die Verschmutzung durch Müllablagerungen eindämmen. Mit dem Eigentümer des Imbissbetriebs sollte über eine Renovierung oder Neuerrichtung seiner Betriebsstätte verhandelt werden. Dabei ist eine ausreichende Anzahl an sauberen WCs vorzusehen. Weiters muss die Pflege und Reinigung des Platzes in kürzeren Zeitabständen, als bisher, erfolgen.

Dies sind nur einige beispielhafte Vorschläge zur Verbesserung der momentanen Situation. Jedenfalls sollte der Park & Ride Platz Webling in Zukunft wieder auf alle Grazer einladend wirken und bei Gästen einen guten Eindruck, als ersten oder letzten Blick auf Graz, hinterlassen.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

**Antrag:**

**Der Gemeinderat wolle beschließen, die zuständigen Stellen zu beauftragen, Pläne zur Neugestaltung des Park & Ride Platzes Webling auszuarbeiten und diese in der Folge nach Möglichkeit umzusetzen.**

eingbracht am: 18.9.2008



## **ANTRAG**

gemäß § 17 der Geschäftsordnung

des Gemeinderates Georg Schröck

### **betreffend der optimalen Instandhaltung von Fahrzeugen der GVB**

Am 29.08.2008 kam es in der Salzamtsgasse zu einem Zwischenfall mit einem GVB-Bus der Linie 30. Der Bus mit dem Kennzeichen G-656HU konnte durch ein ungünstig parkendes Fahrzeug nicht weiterfahren und blockierte so den fließenden Verkehr. Als die aufgebrachten wartenden Fahrzeughalter die Buschauffeurin baten den Bus ein paar Meter zurückzusetzen um die PKW vorbeifahren zu lassen, antwortete diese, das sei nicht möglich, da sie den Rückwertsgang nicht einlegen könne. Ein weiterer herbeigerufener GVB-Bediensteter bestätigte nach meiner Nachfrage vor Zeugen, dass der Bus erst kürzlich in der Werkstätte war um den defekten Rückwertsgang zu beheben. Allerdings sei das Fahrzeug mit dem gleichen Defekt zurückgekommen. Das Wissen um dieses Gebrechen am Fahrzeug hinderte die zuständige GVB-Führung aber nicht den defekten Bus wieder auf die Strasse zu lassen.

Dieses fahrlässige und skandalöse Verhalten seitens der GVB-Führung stellt ein unverantwortliches Inkaufnehmen einer erhöhten Gefahr für die Allgemeinheit dar! Hier wurde eine GVB-Chauffeurin genötigt, mit einem Bus, der auf keinen Fall den gängigen Verkehrs- und Betriebssicherheitsstandards entspricht, nichts ahnende Fahrgäste durch Graz zu transportieren und diese und alle anderen Verkehrsteilnehmer einer erheblichen Gefahr auszusetzen. Man möchte sich lieber nicht vorstellen, zu welchem furchtbaren Ergebnis es bei einem Unfall mit Personenschaden kommen hätte können. Man sollte diesen Vorfall zum Anlass nehmen um der GVB nun endlich die nötigen finanziellen Ressourcen zur Instandhaltung ihrer Betriebsfahrzeuge zur Verfügung zu stellen.

In diesem Zusammenhang stellt der unterfertigende Gemeinderat der Stadt Graz folgenden Antrag,

### **Antrag**

Der Gemeinderat der Stadt wolle beschließen:

„Der zuständige Beteiligungsreferent Stadtrat Univ. Doz. DI. Dr. Gerhard Rüscher wird vom Gemeinderat aufgefordert den beschriebenen Vorfall zu untersuchen und eine schriftliche Erklärung von GVB-Direktor Antony Scholz einzuholen.“

GR. Johann Koroschetz

18.09.2008

## **A N T R A G**

Betr.: Linie 68 „Neue Bushaltestelle“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Durch die Verlängerung des 6ers in das Peterstal wurde auch die Linienführung der Buslinie 68 verändert. Diese führt vom Schulzentrum St. Peter über die Petersbergenstrasse nach Lustbühel und retour. Nun gäbe es die Möglichkeit eine Haltestelle direkt vor dem Eingang St. Peter Ortsfriedhof in beiden Fahrtrichtungen zu installieren. Durch die Installierung dieser Haltestellen kommt es zu keinen Mehrkosten des Betreibers, sondern ausschließlich zu Erleichterungen für ältere Menschen, die den Friedhof besuchen.

Daher stelle ich namens des ÖVP–Gemeinderatsclubs den

### **A n t r a g,**

der Gemeinderat möge beschließen, eine Überprüfung der bestehenden Möglichkeiten sowie eine dementsprechende Umsetzung zu veranlassen.